

Alarmierende Kinderarmut

5900 Kinder in Hartz-IV-Familien / Landrat Gernot Schmidt fordert Umdenken in Wirtschaft und Gesellschaft

Von DORIS STEINKRAUS

Trotz Personalstärkung im Jugendamt gibt es keine Trendwende. Immer mehr junge Leute werden trotz diverser Programme nicht mehr erreicht, resümierte Landrat Gernot Schmidt (SPD) beim jüngsten Schlossgespräch zum Thema Kinderarmut im Müncheberger Ortsteil Trebnitz. Er forderte, problematische Jugendliche nicht weiter ausgrenzen. „Wir erreichen manche Kinder einfach nicht. Es gibt immer mehr Familien, die schon in zweiter Generation in bildungsfernen Milieus leben“, bekannte

der Landrat gleich zu Beginn der Veranstaltung.

Wer als Kind keine Chance auf Bildung und als Jugendlicher keine Ausbildung erhalte, werde auch als Erwachsener kaum der Armut entrinnen. Das Land Brandenburg könne es sich aber nicht leisten, dass die Spaltung weiter

zunimmt und ein Teil der Mitmenschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt wird. Das Ergebnis sei, dass immer mehr ihren Alltag nicht in den Griff bekommen und sich das auf die nächste Generation überträgt. Bis zum 31. August gab es im Landkreis 172 Meldungen wegen Verdachts der Kindeswohlgefährdung, 50 mehr als 2009.

Ein Problem, mit dem Märkisch-Oderland nicht allein da steht, machte Jean-Paul Muller deutlich. Er ist Leiter der katholischen Don Bosco Mission, einer der größten weltweit agierenden Organisationen der internationalen Jugend- und Entwicklungshilfe (www.donbosco.commission.de). „Wir haben durch den Geburtenrückgang überall in Deutschland weniger Kinder, aber die Einrichtungen und Heime der Erziehungshilfe sind zu mehr als 100 Prozent belegt“, so der Luxemburger. Kritisch sieht er unter

anderem das rigide Ausbildungssystem. In anderen Ländern würden sozial- und bildungsschwache Jugendliche nach ihren Fertigkeiten ausgebildet, entsprechend dem Bedarf von Unternehmen, die solche Ausbildungen zum Teil sogar selbst finanzieren. Landrat Gernot Schmidt bestärkte,

Problem überträgt sich von einer Generation auf die Nächste

dass auch das Handwerk verstärkt Lehrlinge suche und Patenschaften anbiete. Das Problem: „Die Jugendlichen brauchen bestimmte Schulabschlüsse, sonst sind Ausbildungen nicht möglich. Und einige schaffen diese Abschlüsse eben nicht.“ Angesichts einer immer mehr spezialisierten Gesellschaft würden einfache Arbeiten

mehr und mehr verschwinden. Es gebe zu wenig Bildungsangebote für junge Menschen, die zwar über handwerklich gute Fähigkeiten verfügen, aber im theoretischen Teil patzen. Ohne Ausbildungschance resignieren solche Jugendliche, suchen sich andere Bestätigungsfelder. Gernot Schmidt sah deshalb auch das Bestreben des Landes, Förderschulen zu schließen und bildungsschwache Kinder in normale Klassen zu integrieren, als wenig hilfreich an. „Was gut läuft, soll hier zerschlagen werden“, kritisierte der Verwaltungschef. An den Schulen würden die Kinder noch entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert, erhalten Bestätigung. Und wer sich bestätigt fühle, sei auch bereit, sein Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Das setze Arbeitsmöglichkeiten voraus. „Wer seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten kann, dem geht das Selbstwertgefühl

verloren“, so Schmidt. Die Gesellschaft müsse endlich reagieren. Schon heute gebe der Landkreis rund 200 Millionen Euro jährlich für den Bereich Jugend und Soziales aus. Wer bildungschwache Kinder und Jugendliche abschiebe, der schaffe die nächsten Generationen von Sozialleistungsempfängern.

Jean-Paul Muller verwies auf andere Länder wie Frankreich oder Belgien, wo die sozialen Konflikte bereits eskalieren. Wenn Kriminalität das Ventil für eigene Selbstbestätigung werde, dann stehe es schlecht um die Gesellschaft. Die Runde, dazu gehörte unter anderem der gesamte Vorstand des Berufs- und Fachverbands Heilpädagogik, forderte eine offene Diskussion in der Gesellschaft. Dazu müssten auch alle politischen Schichten genutzt werden, um von unten über die Abgeordneten und Verbände stärkeren Druck auszuüben.

Stichwort

Hartz IV

Das Arbeitslosengeld II (ugs. „Hartz IV“) ist in Deutschland die Grundversicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II. Es fasst seit 2005 die frühere Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe auf dem Leistungsniveau des Existenzminimums zusammen.